



**POSITION**  
DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN  
**KATRIN WERNER**  
**DIE LINKE.**

## **Inklusion von Menschen mit Behinderungen durchsetzen!**

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten zum Jahresende 2011 rund 7,3 Millionen behinderte Menschen in Deutschland. Das sind knapp 9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Mobilitätsbarrieren sowie ein gesellschaftliches Klima, das Menschen aussondert, die nicht als „normal“ gelten, lassen Menschen mit Behinderungen nur sehr eingeschränkt am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben. Ausgrenzung gehört meist schon für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zum Alltag.

Anstatt in allgemeinen Kitas und Schulen werden sie in Sondereinrichtungen ausgebildet, die ihnen kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Menschen mit Behinderungen sind überproportional oft erwerbslos, von Sozialhilfe oder Hartz IV abhängig und in Heimen untergebracht. Sie leiden also unter vielfältigen Benachteiligungen im Bildungssystem, bei der Arbeit und im Beruf, auf dem

Wohnungsmarkt sowie beim Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen wie Kinos oder Behörden. Inklusion muss zunächst in den Köpfen beginnen. Dass Bewusstsein dafür, dass eine Behinderung keine Krankheit ist, sondern Ausdruck der gesellschaftlichen Realität, ist zwar in den letzten Jahren gewachsen, aber noch keineswegs durchgesetzt.

Inklusion ist erst dann verwirklicht, wenn niemand mehr aufgrund der zuschreibbaren Merkmale einer körperlichen oder geistigen Behinderung bzw. aus anderen Gründen wie der sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität, dem sozialen Status oder der ethnischen Herkunft usw. diskriminiert und aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Wenn also jeder Mensch vom ersten Tag an selbstverständlich in seiner Individualität akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben.

Im Umgang mit Menschen mit Behinderungen ist folglich eine neue Denkweise gefragt: weg von einer autoritären und vormundschaftlichen Fürsorge hin zu Selbstbestimmung und Selbstvertretung! DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Inklusionsgedanke und das Recht auf Barrierefreiheit auf allen Ebenen verwirklicht werden. Dies betrifft die frühzeitige Integration von Menschen mit Behinderungen möglichst in allgemeinen Kitas und Schulen anstelle von Sondereinrichtungen. Hierfür sind entsprechende bauliche Veränderungen in öffentlichen und privaten Einrichtungen vorzunehmen.

Anstatt unverbindlicher freiwilliger Selbstverpflichtungen der Wirtschaft werden zudem dringend klare, gesetzliche Rahmenbedingungen benötigt, um die Chancengerechtigkeit von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Unsere Gesellschaft muss auf allen Ebenen zu einer inklusiven Gesellschaft werden!

Positionspapier der Bundestagsabgeordneten **Katrin Werner**

[www.katrinwerner.de](http://www.katrinwerner.de) | 030 227-74335 | [katrin.werner@bundestag.de](mailto:katrin.werner@bundestag.de)

# POSITION

## INKLUSION



Hierfür muss Behindertenpolitik ressortübergreifend als menschenrechtliche Aufgabe gestaltet werden. Das Völkerrecht gibt die Richtung mit der im Dezember 2006 verabschiedeten und seit dem 26. März 2009 in Deutschland rechtsgültigen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) längst vor. Sie fordert, Behinderungsfragen in alle Politik- und Gesellschaftsbereiche einzubinden.

Am 15.06.2011 – über zwei Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention – legte die Bundesregierung endlich einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung dieser Konvention vor. Die Fraktion DIE LINKE schließt sich der Kritik der

Behindertenbewegung an diesem Aktionsplan an: Er enthält wenige konkrete Maßnahmen, dafür viele Projektvorhaben und Studien. Außerdem stellt er alle Aktivitäten unter Haushaltsvorbehalt, was nachdrücklich abzulehnen ist. Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden!

Selbstbestimmung ist als dominierendes Prinzip einklagbar in der Behindertenpolitik zu verankern. Des Weiteren setzt sich die Fraktion DIE LINKE für die Verwirklichung des Selbstvertretungsanspruches von Menschen mit Behinderungen ein. Chancengerechtigkeit soll hergestellt und Barrieren – auch in den Köpfen – müssen abgebaut werden.

Das Prinzip der barrierefreien Zugänglichkeit aller Lebensbereiche ist eine unabdingbare Grundlage für gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen Zusammenhalt.

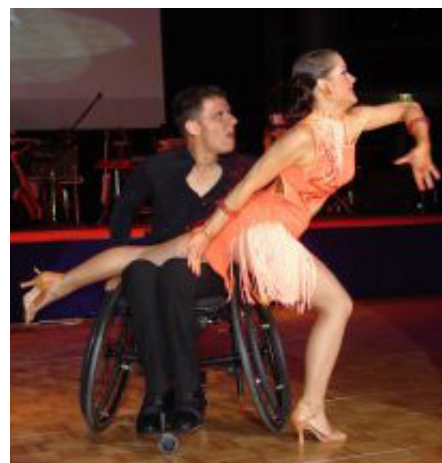


Foto: Tanzpaar Maria Nowack und Torsten Schiller.

### Die Fraktion DIE LINKE fordert:

- Einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ohne Kostenvorbehalt, der den Forderungen der Konvention entspricht;
- Ein Bundesteilhabesicherungsgesetz, das behinderungsbedingte Nachteile ohne Einkommens-, Vermögens- und Bedürftigkeitsprüfung ausgleicht und so Chancengerechtigkeit schafft;
- Gute Arbeit und Einkommen, von denen man leben kann, auch für Menschen mit Behinderungen (einschließlich der Werkstattbeschäftigten);
- Das Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen für ein selbstbestimmtes Leben in Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit;
- Die Verbesserung der Stellung von Menschen mit schweren sogenannten geistigen und Mehrfachbehinderungen, psychischen Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen;
- „Eine Schule für Alle!“ – inklusive Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen; die entsprechende Qualifizierung des Personals und Ausstattung der Einrichtungen;
- Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen durch Umsetzung des „Design für Alle“ bzw. „Nutzen-für-alle-Konzepts“, das bedeutet von Planungen für Barrierefreiheit in allen Bereichen und die Beseitigung bestehender Barrieren;
- Ein umfassendes und wirkungsvolleres Antidiskriminierungsgesetz mit Verbandsklagerecht und Beweislastumkehr zugunsten der Betroffenen.

